

Schily hat mich gerade um Unterstützung für die Fußball-WM 2006 gebeten.

SPIEGEL: Zuletzt konnten Sie mehrere Bombenanschläge auf Polizeistationen, Banken und internationale Unternehmen in Athen nicht verhindern.

Voulgarakis: Das waren keine Anschläge, sondern unbedeutende Zwischenfälle, wie sie überall in Europa immer mal wieder vorkommen. Den Sicherheitsschild von Olympia berühren die in keiner Weise. Da gibt es keine Verbindungen zu internationalen Terrornetzwerken.

SPIEGEL: Trotz allem denken einige Länder bereits an Selbstschutz. Die Briten wollen ihr Team durch eigene Scharfschützen bewachen, die USA Hunderte Spezialagenten entsenden.

Voulgarakis: Für die Sicherheit sind die Veranstalter zuständig und sonst niemand. Das war immer so. Warum sollten wir über eine Milliarde Euro in die Sicherheit investieren, wenn jeder seine eigenen Leute mitbringt?



Innenminister Voulgarakis, Polizist

sechs Wochen Stimmenausrählung in der vorigen Woche offiziell zur Regierungschefin des 80-Millionen-Einwohner-Landes erklärt. Sie hatte mit nur gut einer Million Stimmen Vorsprung vor dem populistischen Filmschauspieler Fernando Poe gewonnen. Dessen Anhänger wollen das Resultat anfechten und schüren politische Unruhe. Poe wirft Arroyo Wahlfälschung vor. Tatsächlich waren bei der Stimmabgabe Betrug und Stimmenkauf weit verbreitet. Vor allem arme Philippiner stimmten für den alternativen Mimen ohne politische Erfahrung – und damit gegen das Establishment um Arroyo, das vor allem von alteingesessenen Clans und korrupten Politikern geprägt ist. Die Präsidentin hat zwar mehr Schulen und Krankenhäuser und eine Million Jobs pro Jahr versprochen. Wie sie das bezahlen will, bleibt offen. Aus Angst vor einem Putsch wurden die Sicherheitsmaßnahmen in Manila drastisch verstärkt. Drei Bomben konnten gerade noch rechtzeitig gefunden werden. Muslim-Rebellen wie die Abu Sayyaf, die mit Terrorattacken das Land verunsichern, kündigten zudem weitere Aktionen an.



Türkischer Grenzposten in Nikosia

EUROPÄISCHE UNION

Zank um Zypern

Gegen die Anerkennung der EU-Vollmitgliedschaft Südzypers sträubt sich die Türkei. Sie will nicht so einfach hinnehmen, dass die griechisch-zyprische Regierung die türkische Minderheit im Norden der Insel mitvertritt. Bei den Verhandlungen zur Anpassung der Zollunion zwischen Ankara und der Europäischen Union nach der Erweiterung wollte die türkische Regierung daher nur 24 EU-Staaten einbeziehen und Zypern ausgrenzen. Erweiterungskommissar Günter Verheugen zeigte seine „Überraschung“. Eindringlich ermahnte

er die Türkei, nicht die Chance für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu gefährden. Über die will der Europäische Rat im Dezember entscheiden. Die Spannung wird verstärkt durch die Empörung Ankaras über Brüsseler Kreise, die der Türkei Verhandlungen über die EU-Aufnahme nicht vor 2006 anbieten wollen. So lange will sich Premier Tayyip Erdogan nicht vertragen lassen. Im Zypern-Konflikt signalisierte er ein mögliches Einlenken. Da die Staats- und Regierungschefs die Türkei förmlich „ersuchen“, die Zollunion-Verhandlungen, die im Namen aller 25 EU-Mitglieder geführt würden, bald abzuschließen, will die Regierung Erdogan den Fall „ehrig und ernsthaft“ prüfen.

BOSNIEN

Auf der Spur des Serben-Führers

Der Rückhalt für den vom Westen gesuchten mutmaßlichen Kriegsverbrecher Radovan Karadžić schwindet. Aus der politischen Führung der Republika Srpska, des serbischen Teils Bosniens, mehren sich die Appelle, Karadžić solle aufgeben. Dragan Kalinić, Vorsitzender der Volkskammer und Chef der von Karadžić mitbegründeten Partei SDS, rief den einstigen Serbenführer auf, sich freiwillig dem Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag zu stellen. Andernfalls, so die Mahnung, werde der serbische Teil Bosniens „schwersten Sanktionen“ und internationaler „Isolation“ ausgesetzt



Karadžić

sein. Hintergrund ist die Drohung des Westens, das Balkanland nicht in das Nato-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ aufzunehmen, wenn Karadžić weiter frei herumläuft. Dies hätte auch personelle Konsequenzen, warnte der internationale Bosnien-Beauftragte Paday Ashdown: Er werde mehrere serbische Politiker absetzen. Der Europarat forderte die Serbische Republik in Bosnien auf, endlich ernsthafte Schritte zur Verhaftung zu unternehmen. Auf der Suche nach Karadžić patrouilliert die Friedenstruppe Sfor verstärkt im bosnisch-montenegrinischen Grenzgebiet. Mit einer Botschaft hatten sich die Verfolger über Zeitungen an dessen Unterstützer-Netzwerk gewandt: „Die Menschen haben begonnen zu reden“, warnten sie Karadžić-Helfer, „wir sind näher, als ihr denkt.“